

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Kurzeinschätzung: Die schwarze Null in 2016

Die Datenbasis über die Zahl der Flüchtlinge, ihren Verbleib sowie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist noch sehr ungenau. Auch für die genauen Gesamtkosten der Flüchtlingssituation in 2015 liegen noch keine Zahlen vor. Insofern ist es sehr schwer zu prognostizieren, inwiefern die schwarze Null durch die Flüchtlingssituation kurzfristig gefährdet ist.

Es lässt sich jedoch schon jetzt sagen, dass dies letztendlich vom politischen Willen abhängt. Es gibt im Bundeshaushalt genügend Einsparpotential, so dass selbst bei einem großen Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht auf neue Schulden zurückgegriffen werden müsste. Dies würde jedoch vom politischen Willen zu echten Sparmaßnahmen abhängen, der schon in der Vergangenheit klein war. Weiterhin ist zu beachten, dass grundsätzliche Gegner von Schuldenbremse und schwarzer Null die Flüchtlingssituation schon jetzt nutzen, um diese beiden Ziele zu diskreditieren.

Insofern wird die schwarze Null politisch wahrscheinlich nur dann zu halten sein, wenn sich die Kosten der Flüchtlingssituation durch zusätzliche Einnahmen (gute Konjunktur, kalte Progression) und politisch „kostenlose“ Einsparungen (aufgrund der guten konjunkturellen Lage und des Niedrigzinsumfeldes) decken lassen. In 2015 ist dies anscheinend gelungen, für 2016 lässt sich noch nicht genau absehen, ob dies machbar sein wird. Es scheint aber gut möglich, solange sich die Rahmenbedingungen nicht ändern. Die schwarze Null hängt unter diesen Umständen noch stärker an der guten Konjunktur und am Niedrigzinsumfeld, als dies ohnehin schon der Fall war.

Die eigentliche Gefahr, die von der Flüchtlingssituation ausgeht, ist jedoch eine andere: Eigentlich müssten wir das sehr gute haushaltspolitische Umfeld nutzen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu sichern. In den Bereichen Pensionslasten, Altschulden, Infrastruktur und Sozialversicherungssysteme gibt es sehr viele unbewältigte Probleme, die jetzt angegangen werden müssten. Die Flüchtlingssituation bringt jedoch die Gefahr mit sich, dass die finanziellen Mittel und die politische Kraft hierfür fehlen werden.

Aktueller Sachstand Flüchtlingszahlen

In 2015 sind über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2016 sind rund 110.000 Flüchtlinge in Deutschland eingereist. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet zurzeit mit rund 500.000 Flüchtlingen in 2016. Diese Schätzung ist jedoch naturgemäß sehr unsicher. Insofern sind auch alle Prognosen über die Kosten, die die Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge verursachen wird, mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Hinzu kommen natürlich noch weitere Kosten wie Hilfszahlungen an die Türkei oder die Organisation von Abschiebungen.

Zurzeit ist zudem noch vollkommen unklar, wie viele der Flüchtlinge dauerhaft bleiben werden. Auch ist noch nicht absehbar, wie schnell welcher Anteil der Flüchtlinge Arbeit finden wird. Es deutet sich jedoch an, dass ein relativ hoher Anteil der Flüchtlinge mittel bis langfristig auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sein wird. Die Behörden können zwar noch keinen

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Gesamtüberblick über den Qualifikationsstand der Flüchtlinge geben, es gibt aber in den Medien doch einige Berichte, die in der Gesamtschau ein wenig positives Bild geben, so z. B.:

- Nach ersten Schätzungen aus den registrierenden Behörden dürften etwa 15 – 20 Prozent der Flüchtlinge Analphabeten sein (FAZ, 27.11.2015, S. 17).
- Nach einer Umfrage des ifo-Instituts im November 2015 unter rund 3.150 Unternehmen vermutet eine übergroße Mehrheit unter diesen, dass die Flüchtlinge noch nicht einmal ein Potential aufweisen, um als Hilfsarbeiter tätig zu werden. 59 Prozent sehen dafür ein nur geringes, dagegen bloß 41 Prozent ein erhebliches Potential. Erschütternde 63 Prozent der Befragten sehen für Flüchtlinge gar keine Ausbildungschancen. Lediglich 22 Prozent vermuten ein Potential für Facharbeiter. Das größte Hindernis bilden aus Sicht der Unternehmer fehlende Sprachkenntnisse (92 Prozent).
- Erste Praxiserfahrungen deuten zudem an, dass die Ausbildung von jungen Flüchtlingen sehr schwierig sein wird, da diese teilweise jahrelang während ihrer Flucht nicht zur Schule gegangen sind (FAZ vom 27.02.2016, S. 3).

Haushälterische Auswirkungen der Krise

Eine genaue Abrechnung der in 2015 tatsächlich entstandenen Kosten auf allen staatlichen Ebenen liegt noch nicht vor. Eine Schätzung des ifo Instituts geht davon aus, dass die Versorgung der Flüchtlinge in 2015 rund 21,1 Milliarden Euro kosten wird (Stand November 2015). Diese Schätzung schließt laut Aussage des ifo Institut Unterbringung, Ernährung, Kitas, Schulen, Deutschkurse, Ausbildung und Verwaltung ein. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten in 2015 eher noch höher sein werden.

Für 2016 müssen wir noch einmal mit deutlich höheren Kosten rechnen. Zum einen kommen weiterhin neue Flüchtlinge. Zum anderen wird die eingehende Betreuung inklusive der Anstrengungen für die Integration insgesamt eher mehr finanzielle Mittel benötigen, als die reine Erst- und Notversorgung der Flüchtlinge. Hierzu liegen ebenfalls keine genauen Zahlen vor.

Eine Schätzung des IW Köln geht von Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingssituation in Höhe von 50 Milliarden Euro bis 2017 aus (Quelle: WELT, 03.02.2016). Angesichts der Prognose des ifo Instituts erscheint dies jedoch zu niedrig. Dies gilt umso mehr, wenn man wirklich eine Vollkostenrechnung aufmacht und alle Kosten für die Bewältigung der Flüchtlingssituation mit einbezieht. Hierzu müssen z. B. auch zusätzliche Stellen für Polizeibeamte (ob bei Bund oder Ländern), Lehrerstellen, Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau, internationale Hilfszahlungen sowie die Kosten für Abschiebungen gerechnet werden.

Auf Basis der ifo Schätzung von November 2015 sowie auf der Annahme, dass ein Großteil der Menschen in Deutschland bleiben und es zudem einen gebremsten weiteren Zuzug geben wird, scheint eine erste Schätzung der Kosten in Höhe von rund 30 Milliarden Euro für 2016 angemessen. Dies ist jedoch nur eine sehr grobe erste Schätzung, von der erheblich nach unten oder nach oben abgewichen werden kann.

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Die Zukunft der schwarzen Null

Der Bundeshaushalt ist 2015 im zweiten Jahr in Folge ohne Neuverschuldung ausgekommen. Es ist sogar zu einem Überschuss von 12,1 Milliarden Euro gekommen (vorläufiger Jahresabschluss 2015), der vollständig in eine Rücklage für die Kosten der Flüchtlingssituation floss. Für 2016 sind im Bundeshaushalt offiziell 7,8 Milliarden Euro für die Kosten der Flüchtlingssituation eingeplant. Davon sollen 6,1 Milliarden aus der Rücklage von 2015 finanziert werden. Gegenüber der Planung bleibt in 2016 also ein Puffer von 6 Milliarden Euro übrig.

Insofern startet der Bundeshaushalt 2016, nicht nur vor dem Hintergrund der weiterhin guten Konjunktur, die zu zusätzlichen Steuereinnahmen und tendenziell niedrigen Sozialausgaben führt, gut. Hinzu kommt, dass auch für 2016 mit leicht sinkenden Zinsausgaben gerechnet werden kann. Da immer noch alte Bundesanleihen mit hohen Zinsen auslaufen und durch neue Anleihen mit niedrigen Zinsen ersetzt werden können, sollte die Zinslast auch in 2016 weiter sinken. Der Effekt wird jedoch nicht mehr so stark sein, wie in den letzten Jahren.

Die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen für das Halten der schwarzen Null trotz hoher Kosten der Flüchtlingssituation sind deswegen zunächst positiv. Vor dem Hintergrund des Haushaltsüberschusses in 2015, der trotz beginnender Flüchtlingssituation erreicht wurde, scheint die schwarze Null im Bundeshaushalt deshalb nicht unmittelbar in Gefahr zu sein. Die schwarze Null hängt jedoch umso stärker von einer gleichbleibend guten Konjunktur sowie von der Fortführung des Niedrigzinsumfeldes ab.

Die Lage in den Bundesländern sieht insgesamt durchaus ähnlich aus. Die Bundesländer, die bereits ausgeglichene Landeshaushalte haben, sollten diese trotz der Mehrkosten aufgrund der Flüchtlingssituation weiter halten können. Für die Bundesländer, die ihre Haushalte ohnehin nicht im Griff haben, erschwert sich die Lage natürlich. Die Ursachen für die chronische Überschuldung und defizitären Haushalte in Ländern wie Bremen oder NRW liegen jedoch nicht in den kurzfristigen Mehrausgaben der Flüchtlingssituation.

Die eigentliche Gefahr der Flüchtlingssituation liegt aus haushälterischer Sicht an einer anderen Stelle: Eigentlich würde das aktuell sehr gute haushaltspolitische Umfeld die Möglichkeit geben, tiefergehende Probleme zu lösen, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland mittel- und langfristig deutlich gefährden. Hierzu zählen die hohen Altschulden, die aufgelaufenen Pensionslasten, die Lücken bei Sanierung und Neubau von Infrastruktur sowie die absehbaren Kosten des demographischen Wandels in den Sozialkassen. Angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen müssten wir die gute Lage dringend nutzen, um alte Schulden zurückzuzahlen, Rücklagen für Pensionslasten zu bilden, Investitionen zu tätigen sowie die Sozialversicherungssysteme zu reformieren. Wenn die Flüchtlingssituation dazu führt, dass all diese Probleme nicht angegangen werden – sowohl weil sie hohe Mehrkosten verursacht, als auch weil sie die gesamte politische Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt – dann muss sie tatsächlich als existenzielle Gefahr für die schwarze Null betrachtet werden.

Die eingewanderten Flüchtlinge selbst werden sehr wahrscheinlich keinen positiven Beitrag für die Bewältigung unserer demographischen Probleme leisten können. Dies liegt vor allem an dem sich andeutenden schlechten Bildungsgrad, fehlenden Sprachkenntnissen und der

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

voraussichtlich langen Dauer, bis ein nennenswerter Teil der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wird. Wenn es schlecht läuft, wird die Flüchtlingssituation die bestehenden Probleme noch verschärfen. Beispielweise Prof. Raffelhüschen rechnet selbst bei einer relativen schnellen Integration der Flüchtlinge mit sehr hohen monetären Kosten für die Bewältigung der Situation (Die Welt, 25.11.2015)

Empfohlene Maßnahmen

Unabhängig von einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen stehen der deutschen Politik einige Hebel zur Verfügung, um die haushaltspolitische Tragfähigkeit trotz der Mehrausgaben für die Flüchtlingssituation zu erhöhen. Angesichts der hohen Mehrausgaben und der hohen Unsicherheit erscheint dies geradezu geboten.

Die ersten und wichtigsten Maßnahmen sollten ein umfassendes Paket zur Stärkung des Wachstums sein. Hierzu könnte die Politik an vielen Stellen ansetzen: Von einer Reduzierung der Strompreise, über den Abbau von Bürokratie bis hin zu einem Abschluss der TTIP-Verhandlungen oder einer Flexibilisierung des deutschen Arbeitsrechts. Auch eine Begrenzung der Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent würde einen mittelfristig sehr wertvollen Beitrag für die Stärkung des Wachstums liefern.

Neben einem umfassenden Wachstumspaket sollte die Politik weiterhin daran arbeiten, die unmittelbare Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erhöhen. Im Bereich der Sozialversicherungssysteme würde sich hierfür als erster Schritt die Rücknahme der Rente mit 63 anbieten. Als zweiter Schritt müsste über eine stärkere Anhebung der Lebensarbeitszeit nachgedacht werden. Z. B. über eine Formel, nach der ein Anstieg der Lebenserwartung automatisch auch zu einem Anstieg des Renteneintrittsalters führen würde. Die Pensionslasten könnten unmittelbar reduziert werden, indem alle Reformschritte zur Erhöhung der Nachhaltigkeit in der Rentenversicherung auch auf das System der Pensionen übertragen wird.

Im Bereich der öffentlichen Haushalte würde es sich anbieten, das Problem der Steuermittelverschwendung anzugehen (siehe hierfür auch Anlage 1). Zudem sollte natürlich auch die Flüchtlingshilfe selbst so effizient wie möglich organisiert werden. Ein Punkt hierbei wäre eine dauerhafte Ansiedlung von Flüchtlingen im ländlichen Raum. Dies würde unmittelbar die Ausgaben für Mieten begrenzen, auch wenn dies möglicherweise zu starken gesellschaftlichen Problemen führen könnte.

Flüchtlingssituation und EU-Fiskalpakt

Auf der europäischen Ebene gibt es einige Stimmen, die versuchen die Flüchtlingssituation zu nutzen, um den europäischen Fiskalpakt aufzuweichen. Dieser verpflichtet die Euroländer darauf, die Kriterien eines jährlichen strukturellen Defizits kleiner/gleich 0,5 Prozent sowie eine Gesamtschuldenquote von höchstens 60 Prozent des BIPs einzuhalten. Die einzelnen Staaten sollen diese Vorgaben zudem bis 2018 mit der Einführung von Schuldenbremsen auch im nationalen Recht verankern. Im Vertragstext ist zudem explizit festgehalten, dass die

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Bestimmungen des Fiskalpaktes aufgrund von außergewöhnlichen Umständen ausgesetzt werden können. Hierzu heißt es im Vertragstext:

„Außergewöhnliche Umstände“ sind ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle der betreffenden Vertragspartei entzieht und erhebliche Auswirkungen auf die Lage der öffentlichen Finanzen hat, oder ein schwerer Konjunkturabschwung im Sinne des geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts, vorausgesetzt, die vorübergehende Abweichung der betreffenden Vertragspartei gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Vor dem Hintergrund dieser Passage scheint es eindeutig, dass die Flüchtlingssituation in Ländern, die von ihr stark betroffen sind, eine Abweichung von den Regelungen des Fiskalpaktes ermöglichen würde. Auch politisch scheint es vor dem Hintergrund des Umgangs mit dem alten Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie vor dem Hintergrund der ersten Jahre des Fiskalpaktes unzweifelhaft, dass es keine großen politischen Hemmungen geben dürfte, die Ausnahmeregelung auch zu nutzen.

Allerdings sollte die praktische Auswirkung eigentlich begrenzt sein: Die Flüchtlingszahlen sind aktuell nur in einigen Euroländern so hoch, dass sie die Feststellung einer Notsituation erlauben würden. Dies wäre z. B. sicher in Deutschland, Österreich und Griechenland möglich. Deutschland hält die Vorgaben des Fiskalpaktes, zurzeit jedenfalls, in Bezug auf die Neuverschuldung ohnehin ein, trotz Flüchtlingssituation. Griechenland dagegen ist auch abgesehen von den zusätzlichen Belastungen vollkommen überschuldetet. Insofern wären die praktischen Auswirkungen zurzeit auf Österreich begrenzt, eventuell auch noch auf Slowenien. Frankreich zum Beispiel könnte sich aufgrund der Flüchtlingszahlen eigentlich nicht auf diesen Argumentationsstrang berufen – was nicht heißt, dass es nicht trotzdem passiert. Selbst in Italien würden es die Flüchtlingszahlen eigentlich noch nicht hergeben, diese Karte zur Aushebelung des Fiskalpaktes zu ziehen.

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Anlage I: Übersicht der Steuermittelverschwendung in Deutschland

Es gibt es im Wesentlichen vier große Bereiche, in denen öffentliche Mittel verschwendet werden:

Subventionen

Je nach Definition und Auslegung des Begriffes kommt man auf hohe zwei- oder niedrige dreistellige Milliardenbeträge, die in Deutschland pro Jahr an Subventionen geleistet werden. Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel kommt in seinem Subventionsbericht auf eine Summe von 166,7 Milliarden Euro ausgezahlter Subvention für 2011 (Stand März 2013).

Die Wirkung dieser Zahlungen ist fraglich, oft erzeugen sie nur Mitnahmeeffekte. Im schlimmsten Fall haben sie sogar negative Auswirkungen, da sie z. B. notwendige Strukturveränderungen verzögern können.

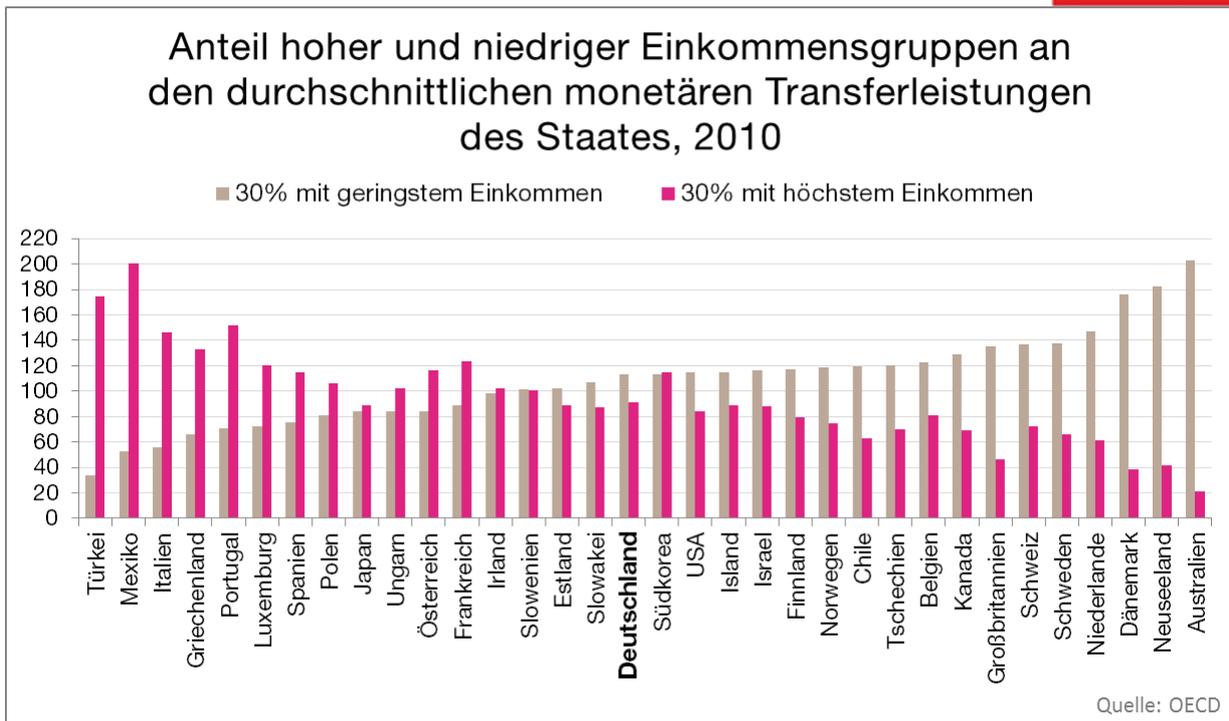
Zudem gilt: Subventionen sind extrem teuer, da eine Heerschar an Verwaltungsbeamten mit ihrer Verteilung beschäftigt ist. Vergabekriterien müssen aufgestellt, Anträge beschieden und Ausgaben überprüft werden. Hinzu kommen natürlich noch weitere Kosten bei Unternehmen, IHKs und auf anderen Verwaltungsebenen. Zudem können Subventionen dazu verleiten, bei unternehmerischen Entscheidungen zu sehr auf die Möglichkeit zur Subventionsmitnahme zu schauen – sie verursachen also auch massive Opportunitätskosten bei der wirtschaftlichen Entwicklung (siehe Anlage I für Beispiele von unsinnigen Subventionen).

Sozialleistungen

Die Ausgaben im Bereich Soziales machen rund 50 Prozent der Bundesausgaben aus, also knapp 150 Milliarden Euro – angefangen vom Kindergeld bis zum Zuschuss zur staatlichen Rentenversicherung. Frappierend ist jedoch, dass die Sozialleistungen oft gar nicht bei wirklich Bedürftigen ankommen. Stattdessen wird der Mittelschicht Geld über hohe Steuern und Abgaben entzogen, um es dann durch die Umverteilungsbürokratie wieder an die Mittelschicht auszuschütten – abzüglich der Bürokratiekosten selbstverständlich.

Bei den richtig Armen kommt nur ein kleiner Teil der Transfers an. Laut der OECD erhielten die 30 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte in Deutschland 113,1 Prozent der durchschnittlichen Sozialtransfers in 2010, während die 30 Prozent der einkommensstärksten Haushalte noch 91,3 Prozent der durchschnittlichen Sozialtransfers bekamen. Mit anderen Worten: Die reichsten Haushalte in Deutschland bekommen fast genauso viele Sozialleistungen wie die ärmsten Haushalte. Von einem effizienten und zielgerichteten Mitteleinsatz kann im deutschen Sozialsystem überhaupt keine Rede sein. Dies wiegt angesichts der demographischen Entwicklung besonders schwer: Da absehbar immer weniger Steuer- und Sozialversicherungszahler Beiträge zahlen können, sollte die Effizienz der Ausgaben besonders genau unter die Lupe genommen werden.

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE



Verwaltungsausgaben

Hier können sowohl bei den eigentlichen Verwaltungskosten, beispielsweise bei den Personalausgaben, als auch bei den durch Verwaltungshandlungen ausgelösten Ausgaben enorme Einsparungen erzielt werden. Die Rechnungshöfe listen jedes Jahr aufs Neue Beispiele für unnötige, teils grob fahrlässige Verschwendungen durch die öffentliche Hand auf. Ein Konzept, wie sich diese Kosten minimieren lassen, liegt bisher noch von keiner Partei vor. Hier geht es sowohl um die bekannten großen Projekte, wie beispielsweise der Berliner Flughafen oder die Elbphilharmonie, als auch um viele kleine Fehltausgaben, die sich summieren (siehe Anlage II für Einsparmöglichkeiten im Bundeshaushalt).

Banken- und Eurorettung

Während die ersten drei Fehlentwicklungen seit Jahrzehnten dazu beitragen, dass Steuermittel verschwendet werden, kommt seit 2009 eine weitere Komponente hinzu: Die Banken- und Eurorettungspolitik. Auch wenn hier die vollen Kosten noch nicht abzusehen sind, so steht doch bereits jetzt fest, dass erhebliche Steuermittel durch die Vergemeinschaftung von Bankverlusten und Staatsschulden verloren gehen werden.

Die bereits realisierten Kosten der Bankenrettung belaufen sich in Deutschland auf 23 Milliarden Euro (Quelle: Soffin 2013), wobei sich diese Summe noch erhöhen kann. Der Haftungspegel des ifo-Instituts, in dem die Risiken aus den verschiedenen Haftungsübernahmen für Deutschland zusammengefasst werden, steht sogar bei 576 Milliarden Euro (Stand 21.03.2014), wobei es sich um Risiken und nicht um bereits realisierte Kosten handelt.

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Anlage II: Beispiele für abschaffbare Subventionen

(Alle Zahlen sind dem 25. Subventionsbericht der Bundesregierung entnommen)

- Absatz- und Stilllegungshilfe für den Steinkohlenbergbau:
1.085 Mio. Euro in 2015
- Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein:
55,5 Mio. Euro in 2015
- Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland:
50 Mio. Euro in 2015
- Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien:
355,5 Mio. Euro in 2015
- Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz:
364,6 Mio. Euro in 2015
- Ermäßigter Steuersatz für die Umsätze aus der Tätigkeit als Zahntechniker sowie für die Lieferungen und Wiederherstellungen von Zahnprothesen und kieferorthopädischen Apparaten durch Zahnärzte:
485 Mio. Euro in 2015
- Ermäßigter Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen:
1.125 Mio. Euro in 2015
- Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit:
2.755 Mio. Euro in 2015
- Arbeitnehmer-Sparzulage bei Anlage vermögenswirksamer Leistungen:
100 Mio. Euro in 2015
- Steuerbegünstigung für Energieerzeugnisse, die in der Binnenschifffahrt verwendet werden:
160 Mio. Euro in 2015
- Steuerbegünstigung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Agrardiesel):
400 Mio. Euro in 2015

Summe der Einsparung aufgrund dieser Beispiele:

6,9356 Mrd. Euro in 2015

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Anlage III: Mögliche Einsparungen im Bundeshaushalt

- Verkleinerung des EU-Haushalts durch Kürzung und Fokussierung der Subventionen und Zuweisungen in den Bereichen Agrar- und Strukturpolitik um jeweils 50 Prozent führen zu einer Reduzierung der deutschen Beiträge zum EU-Haushalt um geschätzt mindestens:
10 Mrd. Euro (basierend auf dem EU-Haushalt 2016)
- Verzicht auf die Ausgabenerhöhungen aus den Koalitionsverhandlungen, die zurzeit nicht durch Einsparungen gegenfinanziert werden (insgesamt 23 Mrd. Euro):
5,75 Mrd. Euro (im Durchschnitt pro Jahr der Legislaturperiode)
- Reduzierung der Ausgaben im Verteidigungshaushalt um 1 Prozent (bessere Beschaffung, Hebung von Effizienzreserven):
343 Mio. Euro (basierend auf dem Ansatz im Bundeshaushalt 2016)
- Jährliche Reduzierung der Personalausgaben des Bundes um 0,5 Prozent:
100 Mio. Euro Einsparung (basierend auf dem Ansatz im Bundeshaushalt 2016)
- Reduzierung der Ausgaben im Entwicklungshilfeministerium um 1 Prozent durch Hebung von Effizienzreserven:
74 Mio. Euro (basierend auf dem Ansatz im Bundeshaushalt 2016)

Summe der Einsparung aufgrund dieser Beispiele:

16,23 Mrd. Euro

DIE SCHWARZE NULL IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN
UNTERNEHMER

BJU

Anlage IV: Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts 2016

